



Selbstbestimmtes Leben ermöglichen – keinen Menschen alleine lassen!

Beschlussvorschlag der Arbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bremen

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Seit dem Bestehen der Behindertenbewegung wird die Forderung nach dem Abbau der Behindertengroßeinrichtungen immer wieder gestellt. Es geht darum, ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu ermöglichen, ohne Bevormundung und starre Strukturen. Vielen Bewohner*innen macht die Vorstellung, ihr Heim zu verlieren Angst. Angst macht klein und stumm. Menschen mit Behinderungen müssen aber laut und selbstbewusst sein, um ihre Rechte einfordern zu können. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Fakten kennen, um gemeinsam und wirksam gegen Barrieren und Ausgrenzungen vorzugehen. Aus diesem Grund bringen wir diese Anfrage ein und hoffen auf eine spannende Debatte um die Gestaltung einer wirklich inklusiven Gesellschaft.

Die 24. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:

Im Art. 19 der UN-Behindertenrechtskonvention erkennen die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen an, frei zu entscheiden, wo und mit wem sie leben möchten. Sie verlangen daher von den Ländern zu gewährleisten, dass „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.“

Um diese Anforderung zu erfüllen, muss auch Bremen Abschied nehmen von Großeinrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in denen die Bewohner*innen keine Wahl haben, mit wem sie leben und wie sie ihren Alltag gestalten möchten. Zugleich darf der Abbau dieser Einrichtungen nicht dazu führen, dass die Bewohner*innen Sicherheit, Perspektiven und Unterstützung verlieren. Vielmehr muss der Abbau von Sonderwelten Perspektiven eröffnen und neue Beziehungen ermöglichen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fragt das 24. Bremer Behindertenparlament den Senat:

1. Welche konkreten Maßnahmen plant der Bremer Senat zum Abbau von Behindertengroßeinrichtungen?
2. Welche konkreten Unterstützungsangebote gibt es bereits heute in den Einrichtungen, um die Bewohner*innen auf einen Auszug und auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten?
3. Welche wohnortnahen ambulanten Unterstützungsangebote sind geplant, um die ehemaligen Bewohner*innen nach einem Auszug aus der Großeinrichtung zu unterstützen (Bitte nach Stadtteilen aufschlüsseln.)?
4. Wie hoch sind die im Bremer Haushalt eingestellten Mittel für den Abbau der Behindertengroßeinrichtungen und zum Ausbau der wohnortnahen ambulanten Unterstützungsleistungen in Bremen?

Für die Fraktion: Abgeordneter Florian Grams

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 28. Februar 2019 an den AK-Protest erbeten.